

DIE ALTERNATIVE



Herausgegeben von



September 2018

Einzelheft: 2,50 Euro

Abonnement: 17 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

022031242 M, Kd.-Nr: 0 021 012 558

Veronika Litschel



Mario Lechner



Viktoria Spielmann



Markus Koza



Florian Zweckmayr



Fritz Schiller



Christian Aichmayr



Cornelia Stahl



Renate Vodnek



Heißer Herbst

Demonstrationen

Zeit 13. September, 18 – 21h,
Praterstern, 1020 Wien

Demo gegen die EU-Flüchtlingskonferenz
in Wien

Ab 4. 10. ist wieder Donnerstag!

Zeit 4. Oktober, 18:00 – 21:00,
Ballhausplatz

Zu Tausenden treffen wir uns am 4. Oktober,
um den Platz einzunehmen, von dem aus diese
Regierung ihre menschenverachtende Politik
dirigiert. Es ist wieder Donnerstag, also: Bringt
euch ein, mit Musik, mit Graphics, mit Rätseln,
mit Blamings gegen die Rechten.

13.10.2018

Demonstration

„Gegen Nationalismus. Für ein geeintes Europa“
Informationen: <http://www.13-10.org/>

SEPTEMBER

Steine des Gedenkens

Ausstellungsbesuch

Der Dritte Bezirk in der NS-Zeit

Zeit 13. September, 17 Uhr

Ort Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes,
Wipplingerstraße 6–8, 1010 Wien

Freier Eintritt; um Anmeldung wird gebeten
0699-1-9543222 (Burda)

Matinee HELLWACH

21. September

Am Internationalen Tag des Friedens organisiert
der Verein Autonome Österreichische Frauenhäu-
ser (AÖF) in der Wiener Staatsoper die Matinee
HELLWACH. Ziel ist es, einmal mehr auf das enorme
Ausmaß an Gewalt gegen Frauen und Kinder und
auf das Recht auf ein Leben in Frieden für alle
Menschen aufmerksam zu machen.

Mitwirkende sind u.a. Maria Bill, Ursula Strauss,
Andrea Eckert,
Cornelius Obonya (angefragt) und Ildikó Raimondi.

Mehr Informationen: <http://www.a oef.at>

Grundschulung für BetriebsrätInnen

Zeit Freitag/Samstag, 28./29. September 2018
Freitag von 16:00 bis 19:00 Uhr, Samstag von
10:00 bis 17:00 Uhr
Ort AUGÉ/UG-Büro, Belvederegasse 10/1, 1040 Wien.

Zielgruppe

BetriebsrätInnen, ErsatzbetriebsrätInnen,
an einer Betriebsratsgründung Interessierte

Inhalt

Grundbegriffe des Arbeits- und des Arbeitsver-
fassungsrechts, Einführung in die Grundlagen
von Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik,
Vorstellung ÖGB, AK und AUGÉ/UG

ReferentInnen

Vera Koller und Markus Koza

Um Anmeldung wird gebeten!

mail: auge@ug-oegb.at, Tel: 01/505 19 52

LebensLauf: Charity-Lauf für eine offene Flüchtlingspolitik

Zeit 30. September 2018

Kurpark Oberlaa, 1100 Wien

Anmeldung <http://lebens-lauf.at/de/>

OKTOBER

Frauen*volksbegehren 2.0 Eintragungswoche

01.- 08. Oktober 2018

Für alle, die nicht noch keine
Unterstützungserklärung abgegeben haben:
Vom 1. bis zum 8. Oktober kannst du das
Frauen*volksbegehren unterzeichnen.

Mehr Informationen:

<https://frauenvolksbegehren.at>

NOVEMBER

16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

25. November bis 10. Dezember

Von 25. November bis 10. Dezember finden die 16
Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen statt.
Im Kampagnenzeitraum zwischen dem Interna-
tionalen Tag gegen Gewalt an Frauen und dem
Internationalen Tag für Menschenrechte finden
auf der ganzen Welt Aktionen statt.

Informationen: <https://www.a oef.at/>

INDEX

GEWERKSCHAFT UND BETRIEB

- S. 4** KOLUMNE
S. 5 Damit die Arbeit nicht das Leben frisst!
S. 6 48 ist das neue 40
S. 7 Zukunft der AUVA
S. 8-11 Es ist Zeit...für das Frauen*volksbegehren 2.0!

COMIC

- S. 12/13** MUCH
S. 14/15 Der unbeachtete Aspekt der Langzeitarbeitslosigkeit
S. 16/17 Personalvertretungswahlen und Gewerkschaftswahlen in den Betrieben der GPF
S. 18 Türkis-Blau tauscht Führungsspitze in der Nationalbank aus
S. 19 Pension mit Zukunft?

MAGAZIN

- S. 20** Hiroshima- Gedenkveranstaltung 2018
S. 21/22 Bildung für alle
S. 23 Byzanz & der Westen – mit Verlosung!
S. 24 Rezension DAS HUNGRIGE KROKODIL

IMPRESSUM

Medieninhaber, Verleger Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG)

Herausgeberin Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB)

Redaktion Renate Vodnek, **Layout** Stefanie Hintersteiner

Alle 1040, Belvederegasse 10/1, **Telefon** (01) 505 19 52-0, **Fax** (01) 505 19 52-22,

E-Mail für Abonnement auge@ug-oegb.at, **Redaktion** alternative@ug-oegb.at,

Internet www.ug-oegb.at, **Bankverbindung** (14 000) Kto.Nr. 00 110 228 775,

BIC BAWAATWW, **IBAN** AT30 1400 0001 1022 8775.

Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers oder der Herausgeberin entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler.

DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702



Editorial
von Renate Vodnek

Kein Sommerloch

Dieser Sommer hatte es in sich: Beschluss des 12-Stunden-Tags (mit den Stimmen der NEOS), Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für erwachsene Lehrlinge, (vermehrte) Abschiebungen von Lehrlingen; Abschaffung der Lehrausbildung für junge Geflüchtete und HartzIV auf österreichisch in Vorbereitung.

Im Sommer fanden aber auch die ersten großen gewerkschaftlichen Proteste statt, Ende Juni gingen über 100.000 Menschen gegen den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche auf die Straße. Mit dabei ein starker Block der Unabhängigen GewerkschafterInnen und ihren Säulen AUGE/UG, KIV/UG, UgöD, UGvida, UGPF. Und unsere Proteste werden weitergehen.

Die KollegInnen der UGPF, der Post und der A1 Telekom, haben von 25.- 27. September Wahlen auf Personalvertretungs- und Gewerkschaftsebene.

Unsere Wahlempfehlung bei den Wahlen in Post und Telekom:

Bei den Personalvertretungswahlen in der Telekom (VPA, PA, ZA): **we4you/UG**

Bei den Personalvertretungswahlen in der Post (VPA, PA): **UG – Unabhängige GewerkschafterInnen**

Bei den Gewerkschaftswahlen in der GPF: **UG – Unabhängige GewerkschafterInnen**

Hinweisen möchte ich auch auf die **Eintragungswoche des Frauen*volksbegehrens**, die von 01.- 08. Oktober 2018 stattfindet. (bereits abgegebene Unterstützungserklärungen werden angerechnet)



in diesem Magazin werden folgende Schriften verwendet
Share / Linux Libertine / Linux Biotinum / Sansus

WIENER SPÖ UND DER ALLTAGSRASSISMUS

Vielleicht ein Randthema, in Zeiten wie diesen, vielleicht nicht so wichtig, wie andere Themen, vielleicht der ganz normale Wahnsinn. Vielleicht ein nachvollziehbarer Schritt bei dem verzweifelten Versuch abgewanderte Wählerinnen und Wähler wieder zu bekommen. Auf jeden Fall Diskriminierung, auf jeden Fall rassistische Bilder und Sprache.

Aber der Reihe nach: Der Wiener Stadträtin Ulli Sima kommt im Sommerloch eine Idee. Es ist heiß in Wien, die Menschen schwitzen, die vollen U-Bahnen werden zur Herausforderung. Also verteilt sie Deos und das ausgerechnet in der U6. Nicht in der U2 auf der Strecke durch den ersten Bezirk oder in die Neubauten und Genossenschaftssiedlungen in Donaustadt. Nein, sie nimmt die U6, für alle Nicht-WienerInnen, diese fährt entlang des Gürtels, einem Stadtgebiet, das noch nicht gänzlich gentrifiziert ist, mit leistbarem Wohnraum. Dies ist der erste Streich.

In einem nächsten Akt übernimmt sie Ergebnisse einer Abstimmung, die von „Heute“, einer Wiener Gratiszeitung durchgeführt wurde. Irgendeine nicht näher beschriebene „Mehrheit“ der GratiszeitungskonsumentInnen mit Internetzugang haben sich gegen so genanntes „Stinke-Essen“ in der U-Bahn ausgesprochen. Also kündigt Ulli Simma an, dieses zu verbieten. Wo? Natürlich in der U6. Als ob die Leberkäsesemmel in der U2 anders riechen würde. Da ja nichts ohne Kampagne geht, wird gleich eine entworfen. Eine, die sich sehen lassen kann. Der Inhalt: Glückliche, duftende weiße Schafe in der U-Bahn, nur ein schwarzes Schaf nicht, denn das isst Döner. Die Bilder direkt aus einer alten FPÖ-Kampagne entnommen, hat ja dort auch geklappt.

Ich kenne Ulli Simma nicht, ich kenne auch nicht ihre Beraterinnen und Berater. Ich weiß nicht, welche Agentur damit beauftragt wurde. Das alles ist für mich aber zweitrangig. Die Stadträtin ist in meinem Alter. Ähnlich politisch sozialisiert wie ich, in der gleichen Zeit aufgewachsen. Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Fremdeindlichkeit, Diskriminierung und Stereotype sowie mit Bildsprache waren Teil unseres politischen Heranwachens. Wir wissen um deren Mächtigkeit. Jetzt könnte ich natürlich anrechnen, dass nicht Mehmet, sondern Günther das schwarze Schaf ist, dass Döner, natürlich in der U6, zu sich nimmt. Ist ein Einwand, aber hilft nichts.

Ich könnte mich damit beruhigen, dass es ein Nebenthema ist, das ins Sommerloch fällt und es doch wahrlich wichtigere Themen gibt. Könnte ich, will ich aber nicht. Ich möchte Frau Simma fragen, ob ihr bei diesen Sujets nicht irgendetwas aufgefallen ist, warum sie sich die U6 ausgesucht hat, was der Sinn dieser Aktionen und Verbote ist. Ich möchte sie fragen, obwohl ich die Antworten kenne, die sie mir nicht geben wird. Eine bewusst gesetzte Provokation mit Augenzwinkern. Mir will vor Erstaunen das Zwinkern nicht gelingen. Wer braucht noch diese abgeschmackte Political Correctness. Angriff ist angesagt, Ausgrenzung. Wer braucht schon eine reflektierte Gesellschaft, die ohne Sündenböcke und Loser auskommt?

Ich will mich nicht beruhigen, weil dieses bewusste Spiel mit Rassismus und Diskriminierung nun auch die SPÖ zur Gänze erfasst hat. Es ist Common sense geworden und meine Hoffnung auf eine aufgeklärte Gesellschaft damit wieder ein Stück kleiner geworden.





DAMIT DIE ARBEIT NICHT DAS LEBEN FRISST!

ÜBER 100.000 GEGEN 12-STUNDEN-TAG UND 60-STUNDEN-WOCHE

Am 30. Juni war Großkampftag des ÖGB und der Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsbund hatte zur Demonstration gegen 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche gerufen und über 100.000 Menschen waren gefolgt.

Die Demonstration gegen die schwarz-blauen Regierungspläne zur Verlängerung und Ausweitung der Arbeitszeiten war ein voller Erfolg. Laut und bunt war sie, die Demonstration. Mit dabei alle Gewerkschaften und – fast – alle Gewerkschaftsfraktionen. Aber auch Organisationen der Zivilgesellschaft und NGO hatten zum Protest aufgerufen.

Mitten drin natürlich auch die UG – die Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB. „Wir gehen nicht nur gegen 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche auf die Straße, sondern auch für Arbeitszeiten, die sich an den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen orientieren,“ ließ AUGÉ/UG schon vor der Großdemo verlauten. Deshalb auch das Leittransparent mit dem Spruch: **„Damit die Arbeit nicht das Leben frisst!“** und die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche als Gegenentwurf zum 12-Stunden-Tag der Bundesregierung.

Die Mobilisierung zur ÖGB-Demo – die Woche zuvor hatten bereits in ganz Österreich Betriebsversammlungen, BetriebsrätInnen-Konferenzen und vereinzelt auch Demonstrationen stattgefunden – war trotz knapper Zeit und Ferienbeginns in Ostösterreich ausgesprochen erfolgreich. Erfolgreich auch die Mobilisierung der UG. Im gemeinsamen Block von AUGÉ/UG, UGöD, KIV/UG, UGPF und UG-Vida demonstrierten hunderte Menschen für Arbeitszeitverkürzung aber auch gegen Hartz IV und die Kürzung der Mindestsicherung.

Wie es nach der Beschlussfassung im Parlament weitergeht? Nach wie vor finden in allen Bundesländern in hunderten Betrieben Betriebsversammlungen statt. Sollten 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche beschlossen werden, werden im Herbst, im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen Proteste und Arbeitskämpfe weitergehen. Streiks liegen in der Luft ...



Fotos Mario Lechner

48 IST DAS NEUE 40

Kommen 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche ist die 40-Stunden-Woche nur noch ein Papiertiger. Da kann die Regierung hundertmal versichern, dass sich an der Normalarbeitszeit nichts ändern wird.

Fakt ist: Der neue Bezugsrahmen ist nicht mehr die 40-Stunden-Woche, sondern die EU-Arbeitszeitrichtlinie. Die besagt, dass über einen Zeitraum von 17 Wochen – also 4 Monaten – durchschnittlich nicht länger als 48 Stunden wöchentlich gearbeitet werden darf. Heißt: Über mehrere Wochen hinweg kann ruhig 60-Stunden gearbeitet werden, solange im Durchschnitt eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden nicht überschritten wird. 48 Stunden, das sind 8 Stunden oder 20 % mehr, als die „Normarbeitszeit“ von 40 Stunden.

Das hat übrigens auch die Regierung so in das neue Arbeitszeitgesetz hineingeschrieben. FPÖ und ÖVP nehmen in ihrem Entwurf explizit auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie Bezug.

Das bedeutet, dass sich die tatsächlich geleistete, wöchentliche Arbeitszeit verlängern wird. Bereits jetzt – bei einer 40- oder gar 38,5-Stunden-Woche – liegt die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigten bei 41,4 Wochenstunden. Nur in Großbritannien und in Zypern wird innerhalb der EU noch länger gearbeitet. Werden nun Möglichkeiten geschaffen, tägliche und wöchentliche Arbeitszeiten auszuweiten – und zwar ohne Mitspracherecht der Gewerkschaften, ohne Verhandlungen mit den BetriebsrätInnen, sondern einfach per Anweisung – dann werden diese Möglichkeiten, diese neuen Grenzen genutzt und ausgereizt. Was wäre sonst Sinn der Übung? Warum sonst wurden die Mitbestimmungsrechte von Gewerkschaften, Betriebsräten und ArbeitsmedizinerInnen beschnitten bzw. abgeschafft?

Dann wird es auch keine Arbeitszeitverkürzung geben, nicht mehr Freizeit, mit Sicherheit nicht weniger Zeitnot, mit Sicherheit nicht mehr Zeit für Familie und Erholung. Dann brechen die Dämme. Für weitere Maßnahmen gegen uns ArbeitnehmerInnen.

Sie verlängern die Arbeitszeit. Auf Kosten unserer Freiheit und Selbstbestimmung. Sie betreiben schlichtweg Zeitraub. Und wollen diesen in Gesetzesform gießen. Dagegen müssen wir uns wehren. Dagegen werden wir uns auf allen Ebenen wehren.

Markus Koza ist Vorsitzender der UG



Fotos Mario Lechner

ZUKUNFT DER AUVA

**Kürzung des Budgets
um mehr als 1/3 lässt
Leistungsreduktionen
befürchten**



Foto UGOED.at

Am 21. August 2018 wurde in der Vorstandssitzung der AUVA ein Beschluss gefasst, der weitreichende Auswirkungen auf MitarbeiterInnen und die Versicherten der AUVA hat. Schon im Vorfeld war die Rede von einer Ausgliederung der medizinischen Einrichtungen (Unfallkrankenhäuser und Rehabilitationszentren). Und damit war zu befürchten, dass durch diese Auslagerung Kollektivverträge massiv verschlechtert würden. Diese Gefahr konnte sowohl für bereits Beschäftigte als auch zukünftig eintretende MitarbeiterInnen abgewendet werden, was als Erfolg der engagierten Betriebsrätinnen und Betriebsräte in der AUVA zu werten ist.



Beschlossen wurden:

-Maßnahmen des Gesetzgebers (294 Mio. €) Vereinfacht gesagt soll ein anderer Geldgeber als die AUVA gefunden werden. Noch einfacher gesagt: Zahlungen bei ArbeitGEBERN reduzieren und ArbeitNEHMERN aufbürden. Zum Beispiel für die Behandlung von Freizeitunfällen in Unfallkrankenhäusern. Aber auch eine deutliche Reduktion der Präventionsaktivitäten der AUVA findet sich.

-Geld, welches die AUVA selbst aufbringen muss (135 Mio. €). Neben der Ausgliederung der Einrichtungen und der drohenden Privatisierung, können hier Leistungsreduktionen eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in Österreich bringen. Auch Kürzungen „in der Verwaltung“ bergen Gefahren: Wenn Anträge nicht bearbeitet werden, weil dafür Personen fehlen, müssen Versicherte länger auf die Ihnen zustehenden Leistungen warten

Durch den unermüdlichen Einsatz aller Betriebsräte der AUVA, die große Unterstützung von Gewerkschaften

und Zivilgesellschaft (zB www.mein.aufstehn.at) konnte so großer Druck auf die Regierung ausgeübt werden, dass diese ihre Ankündigung, die AUVA zu zerschlagen, zurücknahm.

Was bleibt, ist ein bitterer Beigeschmack. Letztendlich geht es bei dieser „Reform“ nicht um Verbesserungen für die ÖsterreicherInnen, sondern einzig darum, dem Gesundheitssystem Geld zu entziehen. Durch geringere Beiträge profitieren wieder nur wenige Industriebetriebe. Für kleine Unternehmen ist die Kostenreduktion von etwa 11€ pro MitarbeiterIn und Monat kaum spürbar.

Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte der AUVA werden auch bei der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Vorstandsbeschluss darauf achten, dass weder Beschäftigten noch der österreichischen Bevölkerung ein Schaden entsteht.

Erik Lenz, ZBR-Vorsitzender

Florian Zweckmayr, AUVA-Rehabilitationszentrum Wien-Meidling, Ergotherapeut, BR - Vorsitzender

ES IST ZEIT... FÜR DAS FRAUEN*- VOLKSBEGEHREN 2.0!

Treiberin der Gleichstellung in Zeiten des Rechtsrucks

Zu Beginn der Entstehungsphase des Frauen*volksbegehrens 2.0 war noch nicht klar, dass es in Österreich bald Neuwahlen geben und eine Neuauflage von Schwarz/türkis-Blau entstehen würde. Dennoch konnte davon ausgegangen werden, dass sich die politische Stimmung im Land nicht in eine progressive Richtung entwickeln würde. Umso wichtiger war es, dass sich bereits vor der neuen schwarz/türkis-blauen Regierungsbildung die breite Gegenbewegung des Frauen*volksbegehrens gegründet hatte. Denn der gesellschaftliche Rechtsruck geht immer auch mit Politiken der Ungleichheit und des Antifeminismus einher.

Als sich die schwarz/türkis-blaue Koalition als neue Regierungsvariante herauskristallisierte, konnte aufgrund der bisherigen Politik von ÖVP und FPÖ davon ausgegangen werden, dass die neue Regierung keinen großartigen Fokus auf Frauen*- und Gleichstellungspolitik legen wird. Diese Annahme sollte sich bewahrheiten: Von insgesamt 182 Seiten Regierungsprogramm werden der Frauen*politik nur 2,5 Seiten gewidmet. Während Frauen*organisationen seit Jahrzehnten für die Gleichstellung der Geschlechter und für den Abbau von Geschlechterstereotypen kämpfen, essentialisiert die neue Regierung stereotype Geschlechteridentitäten und beruft sich auf die Verschiedenartigkeit von Frauen* und Männern. Hier offenbart sich die schwarz/türkis-blaue Ideologie der Ungleichheit. Dieser Beitrag reflektiert die Forderungen des Frauen*volksbegehrens im Hinblick auf das schwarz-blaue Regierungsprogramm.

Frauen in Führungspositionen

Sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft schaut der Frauen*anteil in Führungspositionen noch immer schlechter aus: auch 2018 wird dieser in den Aufsichtsräten der umsatzstärksten 200 Unternehmen in Österreich mit 18,5% (+0,4 Prozentpunkte zu 2017) niedrig bleiben. Noch weniger Frauen (18%) sind in der Unternehmensaufsicht der börsennotierten Unternehmen vertreten. Am wenigsten Frauen sind im Bereich der Geschäftsführung zu finden: Nur 8,4% der Geschäftsführer_innen sind Frauen*. In Österreich sind gerade mal 8% der Bürgermeister_innen Frauen. Das Frauen*volksbegehren fordert daher eine verpflichtende 50% Frauen*quote auf allen hi-

erarchischen Ebenen und wirksame Sanktionen, sollte diese Quote nicht eingehalten werden. Im Regierungsprogramm der neuen Regierung sind diesbezüglich keinerlei politische Maßnahmen zu finden. Anhand des Beispiels der schwarz-blauen Stadtregierung in Graz, sieht man jedoch, dass Schwarz-Blau kein/e Freund_in von Frauen*quoten ist: 2017 schuf die neu eingesetzte Stadtregierung die 40% Frauen*quote in den Aufsichtsräten der Unternehmen der Stadt Graz ab.



Gender Pay Gap

Die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen* ist so alt wie die Frauen*bewegung selbst. Noch immer stellt der Gender Pay Gap eine enorme Hürde auf dem langen Weg der Gleichstellung dar: Betrachtet man die Bruttojahreseinkommen von unselbstständig beschäftigten Frauen* und Männern, zeigt sich, dass Frauen* um 37,9% weniger verdienen als Männer.

Daher fordert das Frauen*volksbegehren, dass Arbeit endlich fair bewertet und die Gehaltstransparenz ausgebaut sowie die Vergleichbarkeit von Gehältern ermöglicht werden muss. Auch die schwarz/türkis-blaue Regierung erwähnt die Benachteiligungen für Frauen* im Einkommensbereich, schreibt aber keine verpflichtenden und bindenden Maßnahmen dagegen vor.

Gerechte Verteilung von Arbeitszeit

Im Jahr 2016 waren 47,7% der unselbstständig beschäftigten Frauen* in Österreich teilzeitbeschäftigt, bei Frauen* mit Kindern unter 15 Jahren sind es sogar 74,3%. Frauen* verkürzen ihre Arbeitszeit für unbezahlte Sorgearbeit und das ohne Lohnausgleich. Das führt zu Einbußen im Lebensinkommen und zu Altersarmut in der Pension. Daher fordert das Frauen*volksbegehren die schrittweise Reduktion der Vollzeitwerbsarbeit von 40 auf 30 Stunden pro Woche. Die Teilzeitbeschäftigung der Frauen* würde durch die Verkürzung aufgewertet, da es erstens leichter ist von 20 auf 30 Stunden aufzustocken und zweitens würde eine Arbeitszeitverkürzung die Work-Life-Balance fördern und eine bessere Aufteilung der unbezahlten



Kinder- und Pflegebetreuungspflichten unter den Geschlechtern ermöglichen. Hier gehen die Vorstellungen des Frauen*volksbegehrens und der Regierung gänzlich auseinander. Während das Frauen*volksbegehren Arbeitszeit aufgrund von Verteilungsgerechtigkeit und digitalem Wandel in der Arbeitswelt reduzieren möchte, steht im Regierungsprogramm die Einführung des 12-Stunden Tags und der 60-Stunden Woche.

Kampf gegen Armut von Alleinerzieher_innen

300 000 Alleinerziehende – darunter 90 Prozent Frauen* – leben mit ihren Kindern in Österreich. Mehr als die Hälfte von ihnen ist armutsgefährdet, insbesondere auch dann, wenn vom zweiten Elternteil nicht regelmäßig Kindesunterhalt gezahlt wird. Daher fordert das Frauen*volksbegehren einen existenzsichernden staatlichen Unterhaltsvorschuss. Im Regierungsprogramm wird das Problem zwar angesprochen, aber wie und wann es gelöst werden soll, bleibt offen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Noch immer gehen weitaus mehr Frauen* in Karenz und erledigen den Großteil der unbezahlten Pflegearbeit. Von den 128 730 Kinderbetreuungsgeld- Bezieher_innen sind fast 96% Frauen*. Laut der Zeitverwendungsstudie von 2009 (seitdem ist leider keine Erhebung mehr gemacht worden) wird die Hausarbeit, die Kinderbetreuung, die Pflege von Kranken oder Gebrechlichen und die ehrenamtliche Mitarbeit zu zwei Dritteln von Frauen* geleistet. Annähernd umgekehrt ist das Verhältnis bei bezahlter Erwerbsarbeit: Hier stehen 39% Frauen* 61% Männern gegenüber. Dieses Ungleichgewicht ist u.a. darauf zurückzuführen, dass es noch immer zu wenig leistbare Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Österreich gibt, vor allem in ländlichen Gebieten. Auch sind die meisten Kinderbetreuungseinrichtungen nicht ganzjährig und

vor allem ganztägig geöffnet, was die Vereinbarkeit von einem Vollzeitjob mit Kinderbetreuungspflichten praktisch unmöglich macht.

Das Frauen*volksbegehren fordert einen Rechtsanspruch auf ganztägige, kostenlose, flächendeckende und qualitativ hochwertige Betreuung für Kinder bis zum 14. Lebensjahr. Während sich das Frauen*volksbegehren um einen kostenlosen und niederschweligen Zugang zur Kinderbetreuung durch die Forderung nach Rechtsanspruch bemüht, erscheint es schon skurril, wenn von „flächendeckendem Ausbau der qualitativen schulischen Nachmittagsbetreuung“ zu lesen ist, aber z.B. die oberösterreichische schwarzblaue Regierung vorzeigt, dass sie diese lieber ganz abschafft als sie auszubauen.

Gegen sexistische Werbung und Rollenzuschreibungen

Sehr viele Medien- und Kulturprodukte beschreiben Frauen* und Männer* fast ausschließlich auf klischeehafte Art. Es gibt „dümmliche Hausfrauen“ und leicht bekleidete „Magermodels“, aber nur selten eine starke und kluge Superheldin, Forscherin oder Präsidentin. Diese Rollenklischees haben nachhaltige negative Auswirkungen auf die spätere Berufswahl und stellen ernstzunehmende Gefahren für die psychische Gesundheit dar.

Daher fordert das Frauen*volksbegehren ein Verbot sexistischer Werbung und die gesetzliche Verankerung einer geschlechtersensiblen Ausbildung aller Pädagog_innen mit bundesweit einheitlichen Standards und Evaluationsmaßnahmen, sowie staatliche Finanzierung und gesetzliche Verankerung von Institutionen und Beratungsstellen, die in diesem Bereich Schulungen, Aus- und Weiterbildung anbieten. Im Regierungsprogramm ist zu diesem Bereich nichts zu finden.



Wir verurteilen das offensichtlich auf Spaltung ausgelegte Handeln der Ministerin. Ihr sogenannter Fokus auf Gewaltschutz soll wohl dazu führen, dass unter Frauenvereinen und Gleichstellungsinitiativen eine Konkurrenzsituation um Fördergelder und staatliche Anerkennung entsteht. Unser Ziel ist es ein breites Bündnis dagegen zu bilden.

Lena Jäger, Projektleiterin

Frauen* Volksbegehren

Sexuelle Selbstbestimmung

Sexuelle Selbstbestimmung erfordert nicht nur schulische Aufklärung, sondern auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen. So sind die Möglichkeiten zur Verhütung in Österreich zwar vielfältig, jedoch sehr unterschiedlich in Bezug auf Leistbarkeit, vor allem bei hormoneller Verhütung. Daher fordert das Frauen*volksbegehren staatlich finanzierte, anonyme und kostenfreie Beratungsstellen in ausreichender Zahl zu Sexualität, Geschlechtsidentität, Verhütung und Schwangerschaftsabbruch, weiters die volle Kostenübernahme von Schwangerschaftstests, Verhütungsmitteln, sowie von Schwangerschaftsabbrüchen durch Krankenkassen und die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in allen öffentlichen Krankenanstalten... Während das Frauen*volksbegehren endlich leistbaren und sicheren Zugang zum Schwangerschaftsabbruch fordert, möchte die Regierung schwangere Frauen* – ähnlich wie in Deutschland- zu „medizinischer und sozialer Beratung vor geplanten Schwangerschaftsabbrüchen“ verpflichten. Das kann als klarer Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen* über ihren Körper gewertet werden, da hier der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch gezielt erschwert werden soll.

Gegen Gewalt an Frauen*

Laut der EU-weiten Erhebung zu Gewalt gegen Frauen*, die 2014 von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) durchgeführt wurde, ist jede fünfte Frau* über 15 Jahre in Österreich von körperlicher und/oder sexueller Gewalt betroffen und mehr als

eine von drei Frauen (35%) wurde seit ihrem 15. Lebensjahr sexuell belästigt. 38% der befragten Frauen* gaben an, dass sie psychische Gewalt durch (Ex-)Partner_innen erfahren haben. Von den befragten Frauen* erlebte beinahe jede dritte (31%) körperliche, sexuelle oder psychische Gewalt vor dem 15. Lebensjahr, die von einer erwachsenen Person ausgeübt wurde (Eltern, Verwandte). 2016 suchten 3 261 Frauen und ihre Kinder Zuflucht in einem Frauenhaus in Österreich. (1 588 Frauen* und 1 673 Kinder) Im Jahr 2016 konnten 336 Frauen* aufgrund von Platzmangel nicht in den autonomen Frauenhäusern aufgenommen werden. Um diese untragbaren Zustände zu beenden, fordert das Frauen*volksbegehren den bundesweiten Ausbau von staatlich finanzierten und rechtlich abgesicherten, leicht zugänglichen, kostenfreien Einrichtungen und Beratungsstellen für alle gewaltbetroffenen Frauen* und ihre Kinder. - Der österreichische NGO-Schattenbericht für GREVIO von 2016 zeigt zudem, dass „Gewalt laut einer EU-Studie jedes Jahr 450 € pro EU-Bürger_in kostet. Wenn wir mit der Hälfte dieses Betrags (225 €)

rechnen und davon ausgehen, dass zumindest 10% dieser Kosten in Präventionsarbeit fließen sollten, damit langfristig Kosten reduziert werden können, entspräche das 25 € pro ÖsterreicherIn pro Jahr – insgesamt 210 Millionen Euro. Ministerium (Gesundheit und Frauen) lediglich ein jährliches Budget von nur 10 Millionen Euro für die Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen und für Gleichstellungsmaßnahmen zur Verfügung. . Es ist stark zu bezweifeln, dass die neue Regierung hier mehr Geld in die Hände nehmen wird. Das Regierungsprogramm spricht von Gewalt gegen Frauen lediglich im Zusammenhang mit Migration, als ob Gewalt an Frauen* nur ein Problem der Einwanderungsgesellschaft wäre..

Schutz für geflüchtete Frauen*

Laut dem österreichischen NGO-Schattenbericht für GREVIO von 2016 stehen zurzeit nur wenige Daten zu Aufenthaltsgenehmigungen und dazu, wie diese erteilt werden, zur Verfügung. So gibt es beispielsweise weder statistische Daten dazu, ob Frauen* eine Aufenthaltsgenehmigung über ihre Partner_innen erhalten haben oder ihnen diese unabhängig davon ausgestellt wurde, noch zu Anträgen auf Basis von Verfolgung aufgrund des Geschlechts (im Herkunftsstaat und/oder Aufnahmestaat) und deren Ausgang. Auf der Flucht werden insbesondere Mädchen*, Frauen* und LGBTIQ-Personen, Opfer von sexueller Gewalt und Menschenhandel. Deshalb brauchen sie besonderen Schutz, den ihnen das Asylrecht aktuell nicht ausreichend gewährt. Daher fordert das Frauen*volksbegehren die gesetzliche Verankerung von frauen- und geschlechtsspezifischen



Foto facebook.com/frauenvolksbegehren

Fluchtgründen nach UNHCR-Richtlinien sowie eine geschlechtersensible Auslegung und Anwendung von Migrationsrecht. Weiters fordert das Frauen*volksbegehren einen eigenständigen und vom/von der Ehepartner*in unabhängigen Aufenthaltsstatus, spezielle Schutzräume sowie Zugang zu staatlich finanzierter, geschlechtsspezifischer, medizinischer und psychologischer Therapie und Beratung. Es ist geradezu zynisch, dass im Frauen*kapitel des Regierungsprogramms zwar Gewaltschutz und Migration miteinander verknüpft sind, aber darin keine wirksamen Maßnahmen vorkommen, wie man geflüchtete Frauen* effektiv vor Gewalt schützen kann.

Resümee und Ausblick

Bereits in der Phase der Sammlung der Unterstützungserklärungen konnte das Frauen*volksbegehren fast eine Viertelmillion Menschen davon überzeugen, es zu unterstützen..

Das bedeutet, dass die Forderungen des Frauen*volksbegehrens im Parlament behandelt werden müssen – ein großer Erfolg.

Long story short: Das Frauen*volksbegehren ist eine gesellschaftspolitische Treiberin in Zeiten des enormen Rechtsrucks. Es trägt dazu bei eine breite Gegenöffentlichkeit zu erzeugen und macht sich für Gleichstellung und Antidiskriminierung stark.

Feminists grap back!

Gekürzt; zunächst erschienen in Kurswechsel 2/2018, Ungekürzte Version inkl. Anmerkungen auf www.kurswechsel.at

Viktoria Spielmann arbeitet in der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik für Frauen“ im AMS Österreich und ist Mitglied des AUGE/UG Landesvorstands Wien und Bundesvorstands



Foto Pamela Rubmann

HÖHEPUNKTE
NACHRICHTEN

BVT

RAZZIA: von arabisch ghazwa: KRIEGSZUG, RAUBZUG, ANGRIFFS-SCHLACHT. Wikipedia

TAG der offenen TÜR mit RAZZIA Vorführung



WARUM DU ZWEI PASSE?



IHR KÖNNT IN DER SPIELHALLE RUMHÄNGEN, AUF DEN STRICH GEHEN ODER DEALEN ABER DENKT JA NICHT DRAN EINE LEHRE ZU MACHEN



KOMMT ZUM POLIZ RODEO



DER IDIOTE AUS ÖSISTAN



DER UNBEACHTETE ASPEKT DER LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT

Am 1. September tritt das novellierte Arbeitszeitgesetz in Kraft, das eine Reihe von Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen in Österreich bringt. Es bringt v.a. eine höhere Flexibilität beim Arbeitseinsatz und damit eine effizientere Unternehmensauslastung, ohne auf die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen Rücksicht zu nehmen. Durch die gestiegene Unternehmensauslastung, die mit den bestehenden Beschäftigten geleistet werden kann, sinkt der Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen. Eine Entwicklung, die für die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarktes völlig konträr verläuft.

Aus der Diskussion fast völlig verschwunden hingegen ist die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit, aber vor allem die außerordentlich hohe Langzeitarbeitslosigkeit von älteren ArbeitnehmerInnen. Schon allein die absolute Arbeitslosigkeit, bezogen auf Personen sowie auf Arbeitslosenquoten, befindet sich in Österreich nach wie vor auf historischem Niveau. Die registrierten Arbeitslosen betragen, gemessen von 2010 bis 2017, im Durchschnitt über 300.000 Personen, wobei die Personen in Schulung nicht berücksichtigt sind. In den 2000er Jahren betrug die Vergleichszahl 230.000, in den siebziger Jahren gar nur 46.000. Die sog. SchulungsteilnehmerInnen (Daten seit 1987 verfügbar) stiegen durchschnittlich von gut 10.000 in den achtziger auf über 68.000 Personen in den letzten acht Jahren.

Die Arbeitslosenquote betrug zuletzt in der Vergleichsperiode 7,9% (ohne Berücksichtigung der SchulungsteilnehmerInnen), in den siebziger Jahren, der Hochblüte der österreichischen Wirtschaft war sie bei 1,7% gelegen. Obwohl das Arbeitskräftepotential seit den achtziger Jahren um knapp 1 Mio. Personen gestiegen ist, erhöhte sich gleichzeitig die Arbeitslosenquote, d.h. die österreichische Arbeitslosigkeit ist ein strukturelles Beschäftigungsproblem. Es gibt einfach gesagt, zu wenig Vollzeitarbeitsplätze (8 Stunden täglich). Die höchste seit 1945 gemessene Zahl wurde 2016 im Durchschnitt mit 357.313 registrierten Arbeitslosen gemessen. Im August 2018 sank sie auf 282.583 was hauptsächlich durch das gestiegene Wirtschaftswachstum verursacht wurde. Sie liegt aber noch immer um ca. 60.000 Personen über dem Vorkrisenniveau von 2008.

Langzeitarbeitslose über dem Vorkrisenniveau

Die internationale Finanzmarktkrise ließ die Arbeitslosenzahlen international in die Höhe schnellen. So auch in Österreich und insbesondere jene der Langzeitarbeitslosen. Als diese werden Personen bezeichnet die länger als 365 Tage als arbeitslos gemeldet waren.

Vor der Finanzmarktkrise 2007 waren gerade einmal über 6.100 Personen langzeitarbeitslos. Im Jahre 2017 (der am höchsten gemessenen Zahl) waren es über 58.500 Personen, das entspricht einem Anteil an den

Arbeitsmarktdaten seit 1945 (jeweils Zehnjahres-Durchschnitt)

	Arbeitslose	Arbeitskräfte- potential ¹⁾	Personen in Schulung ¹⁾	Arbeitslosen- quote ²⁾
	Personen			in %
1940er ³⁾	70.275			3,6
1950er	131.141			6,1
1960er	62.430			2,6
1970er	45.975			1,7
1980er	124.934	2.976.801	9.570	4,3
1990er	217.160	3.276.535	17.432	6,6
2000er	230.122	3.470.640	45.308	6,6
2010er ⁴⁾	302.039	3.803.396	68.020	7,9

Quelle: BMASK, AMS; eigene Berechnung

1) Daten ab 1987, 2) Registerquote, 3) Daten ab 1946, 4) Daten bis 2017

gesamten Arbeitslosen von 17,2%. 2007 hatte er noch 2,8% betragen. Im August 2018 waren knapp 50.000 Personen länger als ein Jahr arbeitslos.

Die österreichische Arbeitsmarktpolitik muss endlich erkennen, dass es fast nicht gelingt, langfristig Vollzeitarbeitsplätze, von denen man/frau auch leben kann, bereitzustellen. Soll die Gesellschaft nicht in diejenigen, die Arbeitsplätze einnehmen und jene die bestenfalls prekär beschäftigt oder gar arbeitslos sind, gespalten werden, so muss eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich eingeführt werden. Für die derzeitige Regierung, die ausschließlich Unternehmerinteressen durchsetzt, ist es offensichtlich von Interesse, eine große Reservearmee für den Arbeitsmarkt zu schaffen, die die Lohnforderungen der aktuell Beschäftigten in Zaum hält.

Fritz Schiller ist Mitglied der AUGÉ/UG

Langzeitarbeitslose (Quelle: AMS)

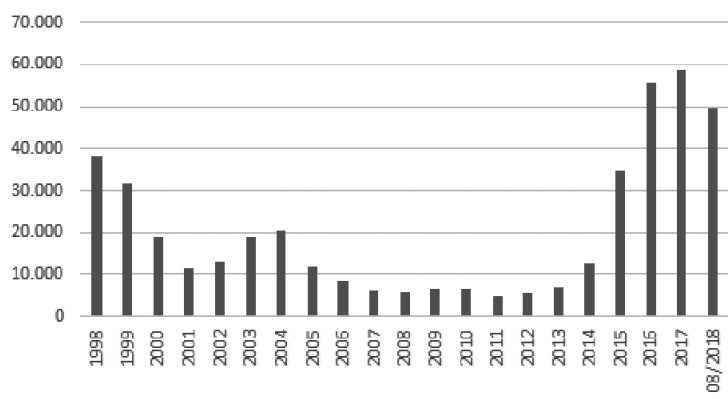


Foto freephotos.cc

ANTI-PERSPEKTIVEN- POLITIK DER REGIERUNG

Mit dem Aus für eine Lehrausbildung für junge Geflüchtete zeigt die schwarz-blaue Regierung einmal mehr ihre Anti-Perspektivenpolitik. Junge AsylwerberInnen konnten in der Vergangenheit eine Ausbildung in einem sogenannten Mangelberuf absolvieren. Das Aus für die Lehre für Geflüchtete macht keinen Sinn! Nicht wirtschaftlich, nicht für die Integration und menschlich schon gar nicht.

Die Bundesregierung scheint ihre Entscheidungen nur mehr auf die Spaltung der Gesellschaft auszu legen. Denn aktuell bleiben rund 15.000 Lehrstellen in Österreich unbesetzt. Die Unternehmen klagen massiv über den Fachkräftemangel.

Die schwarz-blaue Regierung kürzt massiv das AMS-Budget, das für Förder- und Qualifikationsmaßnahmen vorgesehen ist. Dazu gehören neben der FacharbeiterInnenausbildung auch die überbetrieblichen Lehren. Im nächsten Jahr werden bis zu 220 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen.

Zudem wird die Ausbildungsbeihilfe für Lehrlinge über 18 um die Hälfte gekürzt. Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, eine Ausbildung zu absolvieren. Zudem ist es absolut unverständlich, weshalb Lehrlinge – noch dazu in Zeiten von Fachkräftemangel – mit Einkommensverlust bestraft werden.

Bei der Ausbildung von jungen Menschen zu sparen, rächt sich. In die Zukunft von jungen Menschen zu investieren ist eine Investition in Zukunft.

Kludia Paiha ist Bundessprecherin der AUGÉ/UG

PERSONALVERTRETUNGSWAHLEN UND GEWERKSCHAFTSWAHLEN IN DEN BETRIEBEN DER GPF

Am 25., 26. und 27. September finden in den Betrieben der GPF Wahlen statt.

UG Listen gehen hierbei bei der Post und der A1 Telekom an den Start.

In der A1 Telekom wird sich zum wiederholten Namen die Liste we4you/UG unter dem Vorsitz von Heimo Eberhard, breiter aufgestellt mit neuen KandidatInnen der Wahl stellen.

Kandidaturen auf Personalvertretungsebene finden hierbei nur im Bereich Wien/NÖ/Bgld statt und umfassen um die ca. 6.000 wahlberechtigte KollegInnen.

Österreichweit sind bei der A1 Telekom ungefähr 12.000 wahlberechtigt. Gewählt wird sowohl auf Personalvertretungs- als auch auf Gewerkschaftsebene, wobei nur jene KollegInnen einen Stimmzettel für die Gewerkschaftswahl erhalten, die eben dort auch Mitglied sind.

Aktuell halten we4you/UG in drei von vier Dienststellen (VPAs) in Wien je ein Mandat. Auf Gewerkschaftsebene sind wir mit Peter Gross (Post) mit einem Mandat in der GPF und mit einem Mandat auf Personalvertretungsebene im Verteilerzentrum der Post vertreten.

In der A1 Telekom wird bei dieser Wahl eine vierte Liste an den Start gehen, hierbei handelt es sich um eine Abspaltung der Mehrheitsfraktion FSG.

Auf den Gewerkschaftswahl-Stimmzetteln sind wir als UG Liste, bei den Personalvertretungswahl-Stimmzetteln als we4you/UG wählbar.

Bei der Post hingegen auf beiden Ebenen als UG.



Kandidat Leonid Napadensky (we4you/UG)



Harald Beza, Heimo Eberhard (we4you/UG9), Karin Stanger (Auge/UG) und Mario Wanda (UG)

Forderungen bzw. Themen, auf die wir in der nächsten Mandatsperiode unseren Fokus richten werden:

Arbeitszeitverkürzung

Schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich in Richtung 30-Stunden Woche - schafft zufriedener und somit leistungsfähigere MitarbeiterInnen und Arbeitsplätze. Durch die Digitalisierung werden ohnehin Arbeitsplätze verloren gehen, wobei der Gewinn vermutlich steigen wird.

Stopp Leiharbeit

Übernahme aller Leasingkräfte und ein Ende der Leiharbeit, da diese als prekäres Beschäftigungsverhältnis anzusehen ist (keine freie Meinungsäußerung möglich, Schwierigkeiten bei Kreditansuchen etc.)

Vom Betrieb geförderte Öffi- Jahreskarte

Geförderte Öffis Jahreskarte für alle anstatt Luxus-Dienstautos für ManagerInnen,

Mehr Mitbestimmung

Die KollegInnen sollen seitens der Gremien und auch des Betriebes vorab in die Prozesse der Betriebsvereinbarungsabschlüsse eingebunden werden, da diese ja einen unmittelbaren arbeitsrechtlichen Einfluss auf ihre Anstellung haben.

Eigenverantwortung statt ausufernder Kontrolle

Computergesteuerte Kontrollsysteme überwachen die KollegInnen „auf Schritt und Tritt“ und erzeugen massiven Druck. Viele haben daher schon das Unternehmen verlassen.

Ständiges manisches Kontrollieren entmündigt die Belegschaft und tötet Kreativität. Zudem stellt es ab einer bestimmten Stufe einen Angriff auf die Menschenwürde dar.

Ein betriebswirtschaftlich ausgebildetes und soziales Management

Wir wollen in den wichtigen Managementpositionen auch die dafür geeigneten Personen sitzen haben. Ausschlaggebend hierbei sollten nicht Selbstvermarktung (ständiges Posten von Videos und Fotos von Events auf firmeninternen Plattformen) sondern betriebswirtschaftliches „Know How“ und soziale Kompetenz sein.

Management wählen

Bei einer Ausschreibung von Management-oder Führungspositionen sollen sich die entsprechenden KandidatInnen einer Wahl stellen. Ziel ist, dass neben dem Betrieb und den Personalvertretungsgremien auch die Belegschaft mitbestimmen kann wer ihr vorgesetzt oder im Idealfall, von wem sie geführt wird.



Foto Bwag Wikimedia

TÜRKIS-BLAU TAUSCHT FÜHRUNGSSPITZE IN DER NATIONALBANK AUS

Ende August wurden die Namen jener Personen bekanntgegeben, die in der Zukunft die Spitze der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) bilden werden. Es wurden durchwegs ParteigängerInnen oder in einem Naheverhältnis zu jetzigen Regierung stehende Personen ausgewählt, die ausnahmslos ehemalige VertreterInnen der Sozialpartner, insbesondere der ArbeitnehmerInnen-Vertretung ersetzen werden.

Der neue Präsident wird der Multifunktionär Harald Mahrer, Wirtschaftskammerpräsident und Unterstützer von Kanzler Kurz. Er ist bislang nicht als Geldpolitik- bzw. Theorie - Experte aufgefallen. Er löst Claus Raidl ab, der diese Position seit 2008 bekleidete und ehemals Berater von Kanzler Schüssel war. Zur neuen Vizepräsidentin wird Barbara Kolm, Präsidentin des Hayek-Instituts, einer ideologischen Vereinigung absoluter MarktfanatikerInnen. Sie löst Max Kothbauer ab, unter Kanzler Vranitzky sein Kabinettschef, danach u.a. Vorstandsmitglied des ÖCI, der Wiener Städtischen, der Creditanstalt sowie Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse. Er kann zweifellos auf eine Bilderbuchkarriere als Parteigänger der SPÖ zurückblicken.

Barbara Kolm, die Frau, die den Staat nicht mag (Wiener Zeitung), ist nicht nur eine führende Vertreterin der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, sie war auch schon für die FPÖ im Innsbrucker Gemeinderat und sitzt seit 2018 im Aufsichtsrat der ÖBB Holding und des Universitätsrates der WU-Wien. Das Friedrich August von Hayek Institut, benannt nach dem österreich-britischen Nobelpreisträger, macht

u.a. auf den sog. Steuerzahlertag (Tax Freedom Day) aufmerksam, der den Tag eines Jahres bezeichnet für den, so die Meinung von Frau Kolm, die SteuerzahlerInnen für den Staat arbeiten. Daher ist sie eine vehemente Vertreterin einer Senkung der Steuerquote.

Für die Position des Generalgouverneurs, die bis 2019 der ehemalige SP-Nationalratsabgeordnete und Universitätsprofessor Ewald Nowotny ausüben wird, ist höchstwahrscheinlich Robert Holzmann vorgesehen. Holzmann ist ein ausgewiesener neoklassischer Ökonom, der u.a. in der Universität Wien, der OECD, dem IWF und der Weltbank tätig war. In einem Vortrag der neoliberalen Organisation „Die weis(s)e Wirtschaft“ aus dem Jahre 2013 forderte u.a. die Umstellung des österreichischen Pensionssystems auf einen sog. Nachhaltigkeitsfaktor, d.h. mit der zunehmenden Lebenserwartung soll auch das Pensionsantrittsalter schrittweise erhöht werden. Er war schon in der schwarz-blauen Regierung Schüssel als Finanzminister vorgesehen, er lehnte aber ab und sein Nachfolger steht seit einigen Monaten vor Gericht.

Dieser Wechsel an der Spitze des Generalrates, einer Art Aufsichtsrat, sowie des Gouverneurs ist eindeutig ein wirtschaftspolitischer Richtungswechsel der ausschließlich UnternehmerInteressen berücksichtigt. Es ist zu erwarten, dass diese VertreterInnen eine strenge geldpolitische Linie, mit dem Hauptgewicht auf niedriger Inflation, legen werden.

Fritz Schiller ist Mitglied der AUGÉ/UG

PENSION MIT ZUKUNFT?

Am 28.07.2018 war wieder Equal Pension day. Dieser berechnet sich aus der Differenz zwischen Frauen und Männern bei den Pensionen. In Österreich liegt diese bei durchschnittlich 43 Prozent. Der EPD markiert jenen fiktiven Tag im Jahr, an dem Männer bereits so viel Pension erhalten haben, wie Frauen erst bis zum Jahresende bekommen. Er entspricht damit dem Equal Pay Day bei den Einkommen.

Das österreichische Pensionssystem orientiert sich an lebenslanger Vollzeitbeschäftigung ohne Unterbrechungen. Frauen haben im Schnitt zehn Beitragsjahre weniger als Männer. Das durchschnittliche Eintrittsalter zur Alterspension unterscheidet sich in der Realität nur um rund drei Jahre.

Bei den 2017 neuzuerkannten Alterspensionen erreichten nur zwei Prozent der Frauen, aber auch nicht mehr als 52 Prozent der Männer jene 45 Versicherungsjahre, die 80 Prozent des durchschnittlichen Monatseinkommens als Pension garantieren.

Ein ganz wesentlicher Grund für die schlechten Frauempensionen darf nicht unerwähnt bleiben: Nämlich die hohen Teilzeitraten bei Frauen.

Zudem verdienen Frauen in Österreich in Vollzeit für die gleiche Tätigkeit 22,2 Prozent (EU-Schnitt: 16,7 Prozent) weniger als Männer in derselben Position.

Die durchschnittliche Höhe einer monatlichen Brutto-Alterspension betrug im Dezember 2016 1.254 Euro. Davon 1.609,-- Euro bei Männern und 982,-- Euro bei Frauen. Hier wurden die normalen Alterspensionen inklusive der Invaliditäts-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeits-Pensionen ab dem 60. beziehungsweise 65. Lebensjahr sowie die vorzeitigen Alterspensionen berücksichtigt.

Generell denke ich, dass unser Pensionssystem völlig neu gedacht und reformiert gehört: Der Zugang, dass primär Erwerbszeiten zu Pensionsansprüchen führen, scheint mir speziell im Hinblick auf die sich ändernde Arbeitswelt, in der immer weniger Menschen nötig sind, um dieselbe Anzahl von Gütern zu produzieren, völlig überholt. Der zuletzt anhaltende Jubel über das Anspringen der Konjunktur legt sich ohnehin gerade wieder, der Höhepunkt scheint überschritten. Aktuell reden wir konkret mit Ende Juli 2018 von 8,0 % weniger Arbeitslosen als vor einem Jahr – und damit ist trotz der besseren Beschäftigungslage von einer Vollbeschäftigung keineswegs die Rede – denn 340.593 Menschen sind immer noch arbeitslos! Dem gegenüber sind 79.099 gemeldet Stellen sofort zu besetzen und weitere 12.026 zwar zu besetzen, aber noch nicht wirklich verfügbar!

Doch von der Erholung profitierten nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Bei älteren Menschen kam der Konjunkturaufschwung in deutlich geringerem Umfang an. Doch selbst ein guter Teil dieses Rückganges ist nicht der guten Konjunktur geschuldet, sondern den Überbleibseln der Aktion 20.000.

Ich bin überzeugt davon, dass sich ein Pensionssystem, welches eben primär auf Arbeitszeiten setzt, in Zeiten des digitalen Wandels mittelfristig immer realitätsfremder werden wird, denn die Arbeitsplätze werden mehr und mehr zurückgehen. Das weiß man zwar, handelt aber – wie beim Klimawandel – gar nicht. Solange es geht, bedient man sich des alten Denkens und der alten Strukturen. Politik und Zukunft passen eben einfach nicht zusammen!

Christian Aichmayr ist AUGÉ/UG OÖ-Akivist und Laienrichter



Foto Nick Youngson

HIROSHIMA- GEDENKVERANSTALTUNG 2018

Der Beginn des Hiroshima-Gedenktages begann Anfang der 1980er Jahre, auf die Initiative einer japanischen Studentin. 2018 fand er am Stephansplatz statt. Cornelia Stahl interviewte Alois Reisenbichler vom Wiener Friedensbüro zu Hintergründen des Gedenktages.

Der Philosoph Günther Anders hatte bereits am 6. August 1945 den Atombombenabwurf über Hiroshima als Beginn einer neuen Zeitrechnung deklariert, weil von nun an die Menschheit in der Lage war, sich selbst zu vernichten. Mit 7. Juli 2017 und dem von der UNO völkerrechtlichen Verbot der Atomwaffen, begann ebenso eine neue Ära. Können Sie erklärend etwas zu den Hintergründen sagen?

Ich glaube, es ist ein Meilenstein, dass Atomwaffen jetzt international verboten sind. Natürlich heißt ein Verbot noch lange nicht, dass sie abgeschaltet sind, aber wenn eine Ratifizierung durch die 50 Staaten erfolgt, dann tritt das Verbot auch in Kraft. Die Ära, dass sich die Menschheit zerstören kann, ist erst vorbei, wenn es uns gelungen ist, alle Atomwaffen abzuschaffen.

Welche zivilgesellschaftlichen Organisationen waren beim Zustandekommen des Atomwaffenverbotsvertrages?

Unter Mitwirkung vieler Vertreter/innen von Staaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Pax Christi, Ärzte und Ärztinnen gegen den Atomkrieg, dem Wiener Friedensbüro, den Wehrdienstverweigerinnen und -verweigerern, dem Weltfriedensrat und vielen anderen internationalen Organisationen wurde ein Entwurf für ein Verbot von Atomwaffen entwickelt.

Könnten Sie näher darauf eingehen?

Österreich hat eine Vorreiterrolle eingenommen, indem es eine humanitäre Verpflichtung bei der UNO eingebracht hat. (Anm.: 2014 war Österreich Gastgeber der Dritten Konferenz über Humanitäre Auswirkungen von Kernwaffen, die mit dem „Humanitarian Pledge“ – „Humanitäre Verpflichtung“ endete.). Österreich ist das einzige Land mit einer eindeutigen Ablehnung von Atomwaffen und mit einer ebenso eindeutigen Ablehnung von Atomkraftwerken.

Worin zeigt sich diese Eindeutigkeit?

Es gibt sicherlich einige Militärschädel und auch sehr militaristisch denkende Menschen, die meinen, dass die EU Atomwaffen braucht. Aber in Österreich sprechen sich die Parteien gegen Atomwaffen aus. Der Beginn dafür war sicherlich das knappe Ergebnis der Abstimmung um das Atomkraftwerk Zwentendorf und Ausdruck dafür, dass Österreich gegen den Besitz von Atomwaffen und auch gegen Atomkraftwerke ist

Danach folgten weitere Schritte: 1999 hatten Umwelt- und Friedensgruppen eine Petition „Für ein atomfreies Österreich“ an den Nationalrat gerichtet, mit dem Ziel, ein Verbot über den Besitz von Atomwaffen und deren Herstellung in der österreichischen Verfassung zu verankern. Die Petition wurde angenommen. Atomwaffen sind bereits in vielen Ländern in der Verfassung verboten, Atomkraftwerke nur in Österreich.

Momentan ist es noch ein in der Umsetzung befindliches Verbot, aber man muss alle Informationskanäle bedienen, um Lobbying zu betreiben.

Gibt es Staaten, die die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages bisher abgelehnt haben?

Alle Atomwaffenstaaten haben es abgelehnt. Das ist leider so, aber wenn wir die Grußadressen auf hiroshima Punkt at (www.hiroshima.at) lesen, fällt auf, dass auch sehr viele Grußadressen aus den USA dabei sind, zum Beispiel von Aktivistinnen und Aktivistinnen, die dort ein illegales Atomwaffentestgelände besetzt halten und dafür die Gefängnisstrafe riskieren.

Seit wann genau gibt es die Gedenkveranstaltung gegen Atomwaffen und Krieg in Wien?

Die Initiative ging Anfang der 1980er Jahre von einer japanischen Studentin aus, die hier gelebt hat. Seitdem führt das Wiener Friedensbüro in Kooperation mit vielen Organisationen diese Gedenkveranstaltung durch. Zunächst hatten wir nur Prominente befragt, später haben wir es dann ausgeweitet, denn wir woll-

ten nicht nur Entscheidungsträger/innen, sondern auch engagierte und verantwortliche Menschen ansprechen. Nationale und internationale Grußadressen haben uns erreicht, die gemeinsam gegen die Abschaffung der Atomwaffen eintreten.

Welche zivilgesellschaftlichen Organisationen werden an der heutigen Gedenkveranstaltung zum Hiroshima-Tag beteiligt?

Von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Pax Christi, Ärzte und Ärztinnen gegen den Atomkrieg, dem Wiener Friedensbüro, den Wehrdienstverweigerinnen und -verweigerern, dem Friedensrat, dem internationalen Versöhnungsbund, ICAN, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen, der Arge Schöpfungsverantwortung und dem Roten Kreuz wurde diese Veranstaltung vorbereitet und organisiert. Und vielen anderen Organisationen.

Besteht nicht die Gefahr, dass eingeweihte Gruppen unter sich bleiben und mit ihrer Botschaft kaum nach außen dringen?

Welche Personengruppen möchten Sie erreichen und sensibilisieren für dieses wichtige Thema?

Ich möchte nochmals auf unsere Grußadressen verweisen (dieses Jahr waren es 280). Vor allem Personen aus dem kirchlichen Bereich möchten wir ansprechen. Wir haben den Aufruf zur Versendung von Grußbotschaften an alle Wiener katholischen und evangelischen Pfarren gesendet. Natürlich haben wir auch die Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung angesprochen. Wir versuchen auch überparteiliche Gruppen und Vereine anzusprechen.

Wie wird die heutige Gedenkveranstaltung finanziert? Wer beteiligt sich daran?

Es ist ein low budget level. Es gab zurückliegende Jahre, da haben ein Kollege und ich die Aktion mit den Mitteln unseres Arbeitslosengeldes finanziert. Es gibt kleine Spenden, aber im Prinzip beruht alles auf ehrenamtlicher Arbeit. Die Gewerkschaft Vida kopiert uns Flugblätter, die Arbeiterkammer Niederösterreich, die GPA-DJP und andere Gewerkschaften unterstützen uns ebenfalls, meist mit Sachspenden. Aber es ist seit über vierzig Jahren ein Problem, dass wir es nicht geschafft haben, dass Friedensforschung



Foto: Alois Reisenbichler

und Friedensarbeit wirklich öffentlich gefördert wird, z.B. dass ein gewisser prozentualer Anteil, der für sogenannte Geistige Landesverteidigung zur Verfügung steht, wenigstens für Friedensarbeit und -forschung ausgegeben wird.

Mit welchen Institutionen arbeiten Sie zusammen?

Zum Beispiel mit dem Institut für Frieden- und Konfliktforschung und der Friedenburg Schlaining (Burgenland), für die wir letztes Jahr die Sommerakademie mitorganisiert haben. Daneben existieren einige unabhängige Friedensforscher/innen, die davon nicht oder nur sehr schwer leben können.

Eine Schlüsselrolle beim Gedenken kommt insbesondere dem Land Japan zu. Gibt es eine Form von Gedenk- und Friedensarbeit an Schulen, die über diesen Gedenktag hinausgeht?

Es gab einen wichtigen Kontakt zu einem Überlebenden aus Nagasaki. Gemeinsam mit der

Friedenspagode veranstalten wir jedes Jahr am 9. August ein Gedenken. Die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki schicken jedes Jahr eine Grußadresse.

Drei Punkte sind bei der internationalen Arbeit wichtig: Erstens, engagierten Gruppen durch das positive österreichische Beispiel beizustehen. Das Zweite ist, dass wir politisch auch Druck machen wollen auf die Staaten, die Atomwaffen besitzen, abzurüsten. Wir sind gegen Atomwaffen in Nordkorea und dafür, den Vertrag mit dem Iran, der ein ganz wichtiger Schritt ist, mit einer Ratifikationsmaßnahme zu überprüfen, dass er auch eingehalten wird.

Es muss eine Gleichheit herrschen unten den Ländern, dass der Besitz von Atomwaffen für alle Länder gleichermaßen verboten wird. Da kommen wir wieder zu dem anfangs von Günther Anders geschilderten Szenario zurück.

Drittens, dass Krieg ohne Wenn und Aber abgelehnt wird, und das heißt Abrüsten auf allen Ebenen,



Umrüstung der Rüstungsindustrie sowie zumindest strengste Kontrollen, ja eigentlich entscheidende Einschränkungen beim Waffenhandel. Und leider besonders aktuell: die Erhaltung der immerwährenden Neutralität Österreichs und mit vollem Engagement verhindern, dass aus der EU ein Militärblock wird.

Ich danke Ihnen für das Interview!

Cornelia Stahl ist Redakteurin des „Literaturfenster Österreich“ bei Radio Orange

Wir verlosen 2 x 2 Karten für die Ausstellung „Byzanz & der Westen“: zur Teilnahme bitte bis 23. September an auge@ug-oegb.at oder AUGE/UG, Belvederegasse 10, 1040 Wien schreiben.

BYZANZ & DER WESTEN

Möwengeschrei und Meeresrauschen im Arkadenhof der Schallaburg: Die diesjährige Ausstellung entführt zu einer Reise zum Mittelmeer. Wird das Mittelmeer heute vor allem als Barriere gesehen, so war der Mittelmeerraum einst einer der fruchtbarsten Kultur- und Verkehrsräume. Seit Jahrtausenden begegnen sich hier Menschen, Waren, Ideen und Träume dreier Kontinente. Das Aufeinandertreffen war nicht immer konfliktfrei, doch stets gab es einen Austausch, der unser Europa zu dem macht, was es heute ist. „Byzanz & der Westen. 1000 vergessene Jahre“ handelt von zwei Welten, die einander vertraut und doch in vielem so fremd waren. Die Erzählung beginnt am Ende des 4. Jahrhunderts bei der Teilung in West- und Oströmisches Reich (395). In den folgenden 1000 Jahren verändert sich das Verhältnis zwischen Byzanz und dem Westen.

Lange Zeit galt Byzanz und dessen Kultur als einzigartig „non plus ultra“. Gold, Seide, und Elfenbein waren im Westen heiß begehrt. Die Ausstellung zeigt archäologische Funde und Kunstwerke aus dem Musée du Louvre, der Schatzkammer von San Marco in Venedig oder dem Israel Museum in Jerusalem.

Noch im 7. Jahrhundert beherrschten die Byzantiner das Meer und damit Handel und Kommunikationswege. Zu spät wurde bemerkt, dass westliche Mächte wie Venedig, Genua und Pisa Byzanz den Rang abgelaufen haben.

Sprachbarrieren, politische und religiöse Differenzen, und Vorurteile belasten zunehmend die Beziehung zwischen Byzanz und dem Westen. Die Ausstellung zeigt auf, wie das Schüren von Vorurteilen schließlich 1204 zur Plünderung Konstantinopels und dem Untergang der einstigen Supermacht Byzanz führt.

Sehr gut konzipierte Ausstellung. Die Reise beginnt im Mittelmeer, und endet im Mittelmeer – und damit im Hier und Jetzt, wo das Mittelmeer (wieder) im Fokus steht. Absolut empfehlenswert!

„Byzanz & der Westen. 1000 vergessene Jahre“ bis 11. November 2018 auf der Schallaburg. Informationen unter <https://www.schallaburg.at>

Renate Vodnek ist Mitglied der AUGE/UG und Chefredakteurin der Alternative





320 Seiten, (TB), Deutsch,
ISBN-13: 9783865326089

Sandra Brökel

DAS HUNGRIGE KROKODIL

Verlag: PENDRAGON, 2018

Tagebuchaufzeichnungen während des Prager Frühlings 1968

Josef Koudelka tat etwas Verbotenes, für das er mit einer Gefängnisstrafe rechnen musste: Er fotografierte die Geschehnisse des Prager Frühlings im August 1968, als Panzer des Warschauer Paktes durch Prags Straßen fuhren und Reformbewegungen in der damals tschechoslowakischen Hauptstadt gewaltsam beenden wollten. Koudelka befand sich am Ort des Geschehens, an dem sich dramatische Szenen sowjetischer Besatzung abspielten, und dokumentierte die Ereignisse. Später emigrierte er in den Westen, nahm seine Fotos dorthin mit. Sein Aufenthaltsort blieb geheim. 2008 erschien ein Bildband „Invasion 1968“, der seine angefertigten Aufnahmen enthält.

Dr. Pavel Vodak, Sohn eines Tschechen und einer Deutschen, der die Reformpolitik der Tschechoslowakei und Folgen des Prager Frühlings ebenso wie Koudelka hautnah miterlebte, führte Tagebuch während dieser Zeit.

Die Autorin Sandra Brökel geriet durch Zufall an die Aufzeichnungen und formte daraus einen Roman. Was sich mitunter als Science-Fiction liest, ist Teil eines Familienromans:

Am Morgen des 21. August 1968 wird Pavel Vodak von einem Dröhnen und Heulen geweckt. Zunächst kann er die Geräusche nicht deuten. Als er aus dem Fenster blickt, offenbart sich vor ihm ein „Himmel voll stahlgrauer Ungeheuer, Militärflugzeuge“ (S.140).

Sandra Brökel, erzählt in ihren Roman, der auf wahren Begebenheiten beruht, die Geschichte des Arztes Dr. Pavel Vodak, in einem Zeitrahmen von 1968-1990. Repressionen, Denunziationen, die Zeit der Reformpolitik der Tschechoslowakei sowie die Folgen des Prager Frühlings erlebt der Leser, die Leserin hautnah mit. 1970 emigrierte Pavel Vodak mit seiner Familie über Jugoslawien und Österreich nach Deutschland. Bedrohliche Situationen zeigen sich im Roman im Gewand eines Krokodils, auch Jahre später, beim Passieren des Grenzüberganges 1990.

Der authentische Stil der Autorin bietet eine intensive Identifikation mit der Hauptfigur.

Sandra Brökel, geboren 1972 in Deutschland, eröffnet uns mit ihrem Romandebüt tiefe Einblicke in ein historisch bedeutsames Ereignis und leistet einen Beitrag zur Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen, sowie zur Aufarbeitung zeitgeschichtlicher Ereignisse, deren Auswirkungen oftmals in der Gegenwart spürbar werden.

Bezugsquelle für alle Bücher:

Fachbuchhandlung des ÖGB Verlags, Rathausstraße 21, 1010 Wien